

Abgeordnetenhaus.

Zehnte Sitzung vom 24. November.

(Schluß.)

Abg. Dr. Löwe wünscht, daß die Zahl der Beamten im Hause sich vermindere, ist aber auch der Ansicht, daß bei der ganzen kultur-historischen Entwicklung des Volkes die Beamten auf lange Zeit in diesem Hause nicht zu entbehren seien.

Minister des Innern Graf Eulenburg: Die Ansicht des Vorredners von der Nothwendigkeit der Beamten im Hause theile ich vollkommen; es kann sich hier nur um die Bedingungen handeln, unter denen die Beamten im Abgeordnetenhaus anwesend sein können. Gerade die Landräthe sind es, denen die Stellvertretungskosten abgezogen werden müssen.

Abg. Graf Schwerin: Ich muß konstatiren, daß während der Zeit, wo ich die Ehre gehabt habe, dem Ministerium anzugehören, im Staatsministerium ein Zweifel darüber niemals aufgefunden ist, daß die Verfassung nicht gestattet, den Beamten Stellvertretungskosten in Rechnung zu stellen. (Hört! Hört!) Da die Beamten ohne Urlaub in die Kammer treten können, so sind auch andere Nachteile für sie ausgeschlossen. Es liegt aber eine Benachtheiligung des freien Wahlrechts darin, wenn man den Beamten Nachteile zufügen will für den Eintritt in die Kammer und solche Nachteile sind die Stellvertretungskosten. Die Maßregel der Regierung ist weder eine finanziell nothwendige, noch eine rechtlich nothwendige, sie ist vielmehr eine politische. (Sehr richtig!) Die Staatsregierung ist nicht berechtigt, dem Andrange der Beamten zu den Mandaten zu steuern. (Sehr richtig!) Das Ministerium Manteuffel-Westphalen, welches gewiß an konservativer Gesinnung dem jetzigen Ministerium nicht nachgab, hat niemals der Verfassung eine solche Auslegung gegeben. (Hört! Hört!) Der Beschluß des Obertribunals ist dem Rechtsbewußtsein des Volkes nicht entsprechend und deshalb muß die Sache auf gesetzlichem Wege geregelt werden.

Abg. Graf Bethusy-Huc schließt sich der Ansicht des Obertribunals an, erachtet jedoch eine gesetzliche Regelung ebenfalls für nothwendig. — Damit ist die Besprechung beendet.

Zweiter Gegenstand der Tagesordnung ist die Fortsetzung der Vorberatung des Etats für das Jahr 1869.

I. Handels-Ministerium.

In der allgemeinen Besprechung über diesen Etat spricht Abg. Dr. Löwe sein Bedauern darüber aus, daß das Extraordinarium bei diesem Etat abgesetzt sei, weil dadurch viele nothwendige Dinge nicht zur Ausführung gelangten. — Abg. Schmidt (Stettin) bespricht die nothwendige Verbesserung der Küsten- und Strandschiffahrt und die Nothwendigkeit einer Strandordnung. — Der Handelsminister Graf Jhe n p l i z erwidert, daß die Regierung es nicht an Anträgen habe fehlen lassen, daß aber die Fachminister nicht vergessen dürfen, daß sie auch Staatsminister seien. Was die Strandordnung anbelange, so habe der Bundeskanzler die Bundesregierungen bereits aufgefordert, darüber in Beratung zu treten. — Bei Tit. 5, Handel, Gewerbe und Bauverwaltung in den Provinzen, monirt Abg. Dr. Löwe die große Zahl der Beamten in der Provinz Hannover gegenüber den anderen Provinzen. Abg. Grumbrecht rechtfertigt dies durch Hinweis auf das große Domainialvermögen der Provinz, schließt sich jedoch dem Wunsche Löwe's auf Verminderung der Beamtenzahl an. Das Prinzip der preussischen Verwaltung sei indessen dazu geeignet, die Zahl der Beamten zu vermehren, und das sei auch überall da der Fall gewesen, wo die preussische Verwaltung eingeführt sei, namentlich beim Eisenbahnwesen. — Abg. v. Denzin bestreitet, daß die Provinz Hannover vor den übrigen Provinzen Preussens irgend einen Vorzug habe. — Abg. Grumbrecht: Von dem Domainial-Vermögen des gesammten preussischen Staates fällt auf die Provinz Pommern mehr als ein Drittel. — Abg. Windhorst (Meppen): Niemand von uns wird darüber empfindlich berührt, wenn die Zahl der Beamten in Hannover, bei gleichen Resultaten, erheblich vermindert werde. Die Erfahrung hat gelehrt, daß, wo die preussische Verwaltung organisiert, sie auch mehr Beamte gebraucht.

Zu Titel 9, persönliche Ausgaben für Beamte der Handels- und Gewerbe-Verwaltung, beantragte Abg. Dr. Glaser die Summe von 19,129 Thlr. für Beamte der Binnenleggen als künftig wegfällig zu bezeichnen, weil diese Personen nicht als Staatsbeamte anzusehen seien. — Der Reg.-Komm. MacLean erwidert, daß dem Antrage des Abg. Glaser bereits Folge gegeben sei und daß die Absicht vorliege, die jetzt noch bestehende hannoversche Einrichtung in Uebereinstimmung mit den Einrichtungen anderer Provinzen zu bringen. — Abg. Dr. Glaser zieht in Folge dessen seinen Antrag zurück.

Zu Titel 14, Stromregulirungen und Hafenbauten, spricht Abg. Szuldrzinski, indem er gleiche Behandlung für alle Provinzen des Landes und zu dem Zwecke die Anlegung eines bestimmten Planes befür-

wortet. Er beantragt: „die Staatsregierung aufzufordern, den Plan zur Fortsetzung und möglichst baldigen Vollendung der Warthe-Regulirung spätestens in der nächsten Session vorzulegen“.

Abg. v. Binde (Osbendorff) erklärt, daß es nur mit Rücksicht auf die Finanzlage des Staates von einem ähnlichen Antrage in Betreff der Oder-Regulirung abstehe. — Abg. Dr. Jaucher unterstützt den Antrag Szuldrzinski; da die Warthe eine der wichtigsten Wasserwege für den hiesigen Holzhandel, sowie auch für die Interessen der östlichen Provinzen sei. — Der Antrag wird angenommen.

Zu Tit. 17, Zu Chaussee-Neubauten (1,100,000 Thlr.), monirt Abg. v. Hennig, daß die Staatsregierung keinen Verwendungsplan für die Summe dem Hause vorgelegt habe. Dieses Recht des Hauses dürfe nicht vernachlässigt werden und wenn diese Pläne nicht bis zur Schlußberatung vorgelegt seien, so werde er einen besonderen Antrag darauf richten. — Handelsminister Graf Jhe n p l i z: Sowie die Vorberatung des Etats beendet sei, würden die Vertheilungspläne sofort aufgestellt werden.

Zu Titel 21, Technische Lehranstalten u., erklärt auf eine Anfrage des Abg. Dr. Franke (Osbendorff), der Handelsminister Graf Jhe n p l i z, daß es im Werke sei, die Provinzial-Gewerbeschulen umzuschaffen. Es solle erstens eine sogenannte Vorschule errichtet werden, damit die Kinder gehörig vorbereitet in die Gewerbeschule treten könnten. Es soll ferner noch eine höhere Klasse eingerichtet werden, um denjenigen Schülern die nothwendige Ausbildung zu geben, welche nicht in die Bauakademie, sondern in das bürgerliche Leben überzutreten, damit sie sich zur Ausbildung im bürgerlichen Gewerbe gehörig befähigten. — Abg. Jacobi (Regnitz) wünscht den Minister die Provinz Posen in dieser Beziehung ans Herz zu legen. — Der Handelsminister sagt möglichste Berücksichtigung nach Maßgabe der vorhandenen Mittel zu. — Weitere Diskussion findet nicht statt. Der Etat des Handelsministeriums ist damit erledigt.

Etat des landwirthschaftlichen Ministeriums.

Der Minister für landwirthschaftliche Angelegenheiten, v. Selchow, schied der Besprechung die Bemerkung voraus, daß auch bei diesem Etat die allgemeine Finanzlage hätte berücksichtigt werden, und der Etat sich eine Reduktion bis auf das vorliegende Minimum habe gefallen lassen müssen, auf dessen ungeschmälerte Bewilligung er rechne.

Der Regierungs-Kommissar Geh. Ober-Regierungs-Rath Heyden giebt darauf eine vergleichende Uebersicht des Etats.

Abg. Schmidt (Stettin) meint, daß die Verwaltung des landwirthschaftlichen Ministeriums gar nicht vorwärts gehe. Es dürste deshalb bei den bevorstehenden Organisirung die Frage der Aufhebung des landwirthschaftlichen Ministeriums in Erwägung zu ziehen sein. Die Landwirthschaft könne auch ohne besondere Vertretung im Ministerium bleiben. Der Redner tadelt, daß der Posten für die Landes-Melliorationen vom Etat gestrichen, der Posten für das landwirthschaftliche Ministerium darauf verblieben sei.

Minister für landwirthschaftliche Angelegenheiten v. Selchow: Ich will auf diese Angriffe nicht antworten, ich überlasse die Beurtheilung derselben dem Hause. Ich will nur bemerken, daß für die beiden, vom Vorredner angedeuteten Zwecke ganz enorme Summen angesetzt, aber gestrichen werden und für das landwirthschaftliche Ministerium nur die gewiß kaum zu nennende Summe von 50,000 Thlr. verblieben ist. — Abg. Richter (Essen): Der Gehalt des Ministeriums sei im vergangenen Jahre um 2000 Thlr. erhöht; es hätte dann aber auch bei den Gehältern der Unterbeamten eine Erhöhung eintreten müssen. Jahre man auf dem gegenwärtigen Wege fort, so werde man wahrscheinlich, um die dringenden Bedürfnisse der Landwirthschaft zu befriedigen, seine Zuflucht nehmen müssen zur Sammlung von freiwilligen Beiträgen und Liebesgaben. (Heiterkeit.) Hier sei der Ort, die Selbstverwaltung so bald als möglich in Gemeinden und Kreise einzuführen. Der Redner spricht dann vom germanischen Christenthum, von der Selbstverwaltung, die Reinen ausschließe, wenn der König rufe und das Vaterland in Gefahr sei, und wird wiederholt durch große Heiterkeit und Auf zur Sache unterbrochen. — Abg. Frh. v. Ledebur spricht den Wunsch aus, daß die Regierung in der nächsten Zeit einen Gesetzentwurf, betr. die Zusammenlegung der Grundstücke in den alten Provinzen, dem Landtage vorlegen möge. — Minister v. Selchow: Ein so dringendes Bedürfnis für die alten Landestheile liegt wohl nicht vor und eine solche Zusage zu machen, ist die Regierung nicht im Stande, die Frage wird der Erwägung unterzogen werden.

Abg. v. Körber verteidigt einen von ihm und seinen Freunden gestellten Antrag, der eine Erweiterung der Ressort-Verhältnisse des landwirthschaftlichen Ministeriums involvire. In Betracht zu der Wichtigkeit der

Verwaltung sei der Etat dieses Ministeriums außerordentlich gering. Die Lebensfähigkeit des landwirthschaftlichen Ministeriums unterliege keinem Bedenken, aber der Bau eines landwirthschaftlichen Ministeriums sei nothwendig. — Abg. Graf Schwerin: Die Budgetberatung sei nicht der Art, die Ressortverhältnisse der einzelnen Ministerien zu besprechen. (Sehr richtig!) Ich erkläre mich aber gegen den Körber'schen Antrag, weil ich der Ansicht bin, daß die Interessen der Landwirthschaft nicht dadurch gefördert werden, daß man das Ressort des landwirthschaftlichen Ministeriums erweitert, sondern daß diesen Interessen weit mehr gedient wird, wenn das Ministerium wieder zu einer Abtheilung des Ministeriums des Innern umgeschaffen wird. (Sehr richtig!) Es giebt sehr viele Angelegenheiten, die vom Ministerium des Innern nicht getrennt werden können und durch die Beratung zwischen beiden Ministern in einer der Sache schädlichen Weise verzögert werden.

Abg. Dr. Lutteroth: Eine Unterordnung des landwirthschaftlichen Ministeriums unter das Ministerium des Innern würde weiter nichts herbeiführen, als eine Veränderung in dem Chef. Der Redner erklärt sich gegen den Erweiterungsbau des landwirthschaftlichen Ministeriums.

Abg. Schmidt (Stettin) erklärt, daß es gerathener sei, ein volkswirthschaftliches Ministerium zu gründen und demselben Handel, Gewerbe, Landwirthschaft, das Versicherungs- und Genossenschaftswesen u. unterzuordnen. Dieses Ministerium könnte dann durchweg mit Fachmännern besetzt werden, was bei dem landwirthschaftlichen Ministerium jetzt durchaus nicht der Fall sei. Redner erklärt sich gegen den Antrag v. Körber, der dann auch bei der darauf folgenden Abstimmung mit großer Majorität abgelehnt wird.

Bei Titel 2 der Einnahmen (jährliche Beiträge auswärtiger Regierungen für die Bearbeitung der Auseinandersetzungs-Sachen) erklärt Abg. Dr. Glaser, daß durch die mit diesen Regierungen abgeschlossenen Verträge dem Staate Kosten auferlegt würden, dieselben daher dem Hause hätten zur Genehmigung vorgelegt werden müssen. — Minister v. Selchow erklärt, daß er die Vorlegung dieser Verträge nicht für nöthig erachtet, es liege dazu in der Sache gar kein Grund vor. Diese Verträge gehörten nicht zu der Kategorie derer, welche der Art. 84 der Verfassungs-Urunde vorsehe.

Abg. Lasker erklärt, daß er den Ausführungen des Abg. Glaser überall beitrete und letzterer behält sich die Einbringung eines besonderen Antrages vor.

Bei Titel 10 (andere persönliche Ausgaben) monirt Abg. Knapp, daß einem vom Hause im vergangenen Jahre gefaßten Beschlusse in Betreff der Aufhebung der Konsolidations-Verordnung in Nassau, keine Folge gegeben sei. — Minister v. Selchow erklärt, daß er von einem solchen Beschlusse gar keine Kenntniß habe (Verwunderung). — Abg. Parisius verweist den Minister auf die stenographischen Berichte und spricht sein Bedauern über diese Thatsache aus, zumal ein Regierungs-Kommissar anwesend gewesen sei.

Abg. v. Hoyerbeck beantragt Vertagung der Beratung, bis der Minister sich überzeugt habe, was das Haus beschloffen und bis er seine Erklärung darüber abgegeben habe. (Heiterkeit. Abg. Dr. Birchow überreicht dem Minister den stenographischen Bericht.) Minister v. Selchow: Der mir so eben überreichte Bericht übertrifft mich. — Der Antrag des Abg. v. Hoyerbeck wird angenommen und damit auch die Sitzung vertagt. — Schluß 3¼ Uhr.

Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr. Tagesordnung: 1) Verlesung einer Interpellation des Abg. Schulze über die Ausgleichung des Bundesgenossenschafts-Gesetzes in Preußen; 2) Gesetzentwurf wegen Aufhebung der Denunziantenentbeile; 3) Fortsetzung der Budgetberatung.

Deutschland.

Berlin, 24. November. Se. Majestät der König beabsichtigt, am Sonntag Mittags mit den Prinzen nach Bernigrode zu fahren und an den Jagden theilzunehmen, welche der Graf zu Stolberg-Bernigrode veranstaltet. — Die Jagd in der Provinz Hannover, von der die Rede war, soll abgesetzt sein.

Se. Majestät der König wird morgen Nachmittag, nach der Rückkehr von Schwerin, den Finanzminister Baron v. d. Heydt und den Unterstaatssekretär v. Thile empfangen.

Der Prinz Karl empfing heute Mittags einige höhere Artillerie- und Ingenieur-Offiziere, unter deren Leitung Schießversuche angestellt worden sind.

Berlin, 25. November. Zur Anwesenheit J. Maj. der Königin in der Rheinprovinz meldet die „Elb. Z.“: Am Donnerstag fand in Koblenz die Verloosung des unter der Protektion Ihrer Majestät der Königin Augusta stehenden evangelischen Frauenvereins zum Besten der dortigen evangelischen Armen statt. Ihre Maj. hatte sowohl viele schöne Geschenke dem Verein zukommen lassen und viele Vosse genommen, als Sie auch die Verloosung mit Allerhöchster Gegen-

wart beehrte und auf's Huldvollste sich mit einzelnen Damen unterhielt. Auch das evangelische Stifft erfreute sich Ihres Besuchs wie Ihrer Gaben. Wie verlautet, wird die Königin noch bis Anfang Dezember in Koblenz verweilen und an einem der nächstfolgenden Sonntage der Einweihungsfeier einer wohlthätigen Anstalt in Neuwied beizuwohnen, zu welcher Feier die verwittwete Fürstin zu Wied, welche leztthin bei J. M. auf Besuch war und mit Ihr dem Gottesdienste in der evangelischen Civilkirche beizuwohnt, Ihre Maj. eingeladen hat. Am Sonnabend verweilte Ihre Maj. die Königin, wie uns aus Koblenz gemeldet wird, einige Stunden in Köln. In Begleitung Sr. K. H. des Großherzogs zu Sachsen, der dem Kürassier-Regiment, dessen Chef er ist, in Deuß einen Besuch machte, traf Ihre Maj. im Regierungs-Gebäude mit Sr. K. Hoh. dem Fürsten von Hohenzollern und dessen Familie zusammen. Ferner beehrte Ihre Maj. mehrere Wohlthätigkeits-Anstalten beider Konfessionen mit Allerhöchstem Besuche. Im Dome wurde die Königin vom Erzbischof empfangen. Nach einer Besichtigung des Neubaus der Flora wohnte Ihre Maj. einer Aufführung im Konservatorium für Musik unter Hiller's Leitung bei und kehrte um 5 Uhr nach Koblenz zurück. Am Sonntag beehrte Ihre Maj. durch Ihre Gegenwart die Einweihung des neuen Krankenhauses zu Neuwied. — Den Kammerherren dient hat Freiherr v. Freng übernommen. Se. K. H. der Großherzog zu Sachsen hat Koblenz bereits wieder verlassen.

— J. K. H. der Prinz und die Frau Prinzessin Karl, die Frau Prinzessin Luise und andere hohen Herrschaften erschienen gestern Abends in der Oper. — Se. K. H. der Prinz Karl beehrte auch die gefristige Soirée des Physikers A. Böttcher (italien. Ciowüffe) im Saal-Theater des Schauspielhauses mit einem Besuche.

— J. K. H. der Großherzog und die Frau Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin kommen, dem Vernehmen nach, am 4. Dezember zum Besuch an den königlichen Hof.

— Um der Gefahr vorzubeugen, die Dotation des Erbkönigs Georg nicht hierzu geeigneten Händen zu übertragen, wird in Abgeordnetentreisen zu dem Entwurfe des Beschlagsnagelgesetzes eine Klausel des Inhalts beantragt werden, daß die Verwaltung jenes Fonds ausschließlich dem Finanzminister unter verfassungsmäßiger Verantwortlichkeit zu übertragen sei.

— Wie national-liberale Blätter melden, ist man in Abgeordnetentreisen entschlossen, um den Finanzminister in den Stand zu setzen, noch vor dem 1. Januar 1869 das Budget in der Gesammmlung erscheinen zu lassen, die Etatsberatungen einige Tage vor den Weihnachtsferien zu Ende zu bringen. Sollten die gewöhnlichen Sitzungen nicht ausreichen, so werden Abendssitzungen eingelegt werden.

Hamburg, 22. Novbr. Die Untersuchung wegen des Vorfalls auf dem „Zanzibar“ ist in vollem Gange. Der auf dem Schiffe befindlich gewesene, völlig verborbene Theil des Proviantes ist auf das Stadthaus gebracht; indeß sind, gegen Stellung einer Kaution von 5000 Mark seitens des Abbers, der Kapitän Popp und der Steuermann Heinzer vorläufig ihrer Haft entlassen worden. — Bei Erforschung des großartigen Schwindels der Gebrüder Rosenthal und Konforten, dessen ich kürzlich erwähnte, werden immer mehr die umfangreichen Betrügereien dieser würdigen Firma aufgedeckt. Von der augenblicklich in Berlin sich aufhaltenden Frau des Komplizen Wolff lief noch am letzten Donnerstag eine Depesche ein, daß ihr Mann, dringender Familien-Verhältnisse wegen, nach Berlin kommen möchte. Die Depesche war natürlich auf eine Täuschung der Polizei berechnet. Von circa einem halben Jahre war die ganze laubere Gesellschaft mit Weib und Kind in Berlin anwesend und schenkte der dortigen Synagogen-Gemeinde Silbergeräth für die Thorarollen, sowie eine Decke vor dem heiligen Schrank zum Werthe von 3000 Thalern. Obgleich der Telegraph sofort sehr thätig war, ist bis jetzt doch Niemand von der Bande ermittelt worden.

Kassel, 22. November. Nach der „Hessischen Volksztg.“ ist von dem Ober-Appellationsgericht zu Berlin eine Entscheidung ergangen, durch welche die gegen die Vollmachten des Kurfürsten wegen angeblicher Unzulässigkeit des darin gebrauchten Titels: „Von Gottes Gnaden, souveräner Landgraf von Hessen“ erhobenen Einwendungen verworfen worden sind.

Kassel, 24. November. Der Kommunal-Landtag beschloß in seiner heutigen Sitzung einstimmig, auf eine Beratung der Vorlage über die Landeskreditkassen nicht einzugehen.

Wiesbaden, 24. November. Hier eingetroffener Nachricht zufolge ist der Weiterbau der Nassauischen Eisenbahn von Biebrich über Kassel nach Guxhamburg vom Ministerium beschloffen und sollen die Vorarbeiten schleunigst beendet werden.

Darmstadt, 20. November. Bekanntlich war gegen den hiesigen Lehrer und Mithprediger Miße-

